



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
von Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher,
Präsident der Hochschule für Philosophie München,
Lehrstuhl für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik,
im Pressegespräch zur Vorstellung der Studie
„Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann“
am 16. Juni 2021 digital

Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz sind in aller Munde und nehmen inzwischen zu Recht in öffentlichen Debatten, auch im beginnenden Bundestagswahlkampf, breiten Raum ein. Aktuelle Gerichtsentscheidungen wie das Klimaschutz-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (29. April 2021) oder das Urteil des Hague District Court gegen Royal Dutch Shell (Ende Mai 2021) machen deutlich: Wer wirklich nachhaltige Entwicklung und die Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs: Sustainable Development Goals) erreichen will, kommt an einer sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft nicht länger vorbei. Gleichzeitig ermutigen uns wissenschaftliche Studien, die belegen: Trotz aller Herausforderungen ist der erforderliche Wandel keine unerreichbare Utopie, sondern eine realistische Zukunftsoption, die neue Entwicklungsperspektiven und Chancen für ein umfassenderes Verständnis von Wohlstand bietet.

Der Ruf nach einer sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ist zwar weit verbreitet, bei näherer Betrachtung werden damit aber ganz unterschiedliche Vorstellungen, Ziele und politische Instrumente verbunden. Vor diesem Hintergrund möchte die interdisziplinäre Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz mit der vorliegenden Studie eine Orientierung in dreierlei Hinsicht geben, damit der notwendige Wandel gelingen kann.

1. Die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedensten Disziplinen (Ökonomie, Politik- und Klimawissenschaften, Theologie und Philosophie) formulieren erstens eine ethisch begründete Zielperspektive, die motivierende und orientierende Kraft für den Wandel entfalten, Chancen aufzeigen und

Herausgeber
Ulrich Pöner
Amtierender Sekretär
der Deutschen Bischofskonferenz

Redaktion
Matthias Kopp (verantwortl.)
Pressesprecher

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Tel. +49 (0) 228 103 214
Fax +49 (0) 228 103 254
Mail pressestelle@dbk.de

dbk.de
facebook.com/dbk.de
twitter.com/dbk_online
youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz

somit einzelne Menschen und ganze Gesellschaften zu notwendigen Veränderungen ermutigen kann.

2. Anhand von drei für die Transformation zentralen Handlungsfeldern – Energie-, Konsum- und Mobilitäts- sowie Agrarwende – identifizieren die Fachleute zweitens grundlegende Hindernisse, die die notwendigen Veränderungen blockieren,
3. um auf dieser Grundlage in einem dritten Schritt vier Stellschrauben gelingender Transformation zu formulieren, die gemeinsam und aufeinander abgestimmt in den Blick zu nehmen sind. Die vier Stellschrauben gemeinsam zu betrachten ist auch deshalb notwendig, um bei den verschiedenen Einzelreformen deren kohärente Abstimmung im Hinblick auf die gemeinsame Zielperspektive nicht aus dem Auge zu verlieren und den Wandel wirksam, effizient und gerecht gestalten zu können

I. Die motivierende Zielperspektive

Angesichts der höchst unterschiedlichen Vorstellungen über die Veränderungen und der damit verbundenen Verteilungskonflikte ist es den Fachleuten wichtig, eine ethisch fundierte Zukunftsvision zu formulieren. Wir wollen attraktive Vorstellungen eines „Wohin“ der Transformation mit gangbaren Wegen aufzeigen, um die Menschen und die Gesellschaft(en) für die tiefgreifenden Veränderungen motivieren zu können.

Ausgangspunkt dafür ist ein richtig verstandener Begriff der menschlichen Freiheit, der die persönliche Freiheit des Einzelnen mit der damit verbundenen sozialen Verantwortung zusammendenkt. Die sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ist von daher kein Selbstzweck, sondern verfolgt das Ziel, dass alle Menschen jetzt und auch zukünftig unter Wahrung der planetaren Grenzen gut leben können. Dazu müssen sie ihre Grundbedürfnisse angemessen befriedigen können, sie brauchen faire Handlungsspielräume und Beteiligungschancen sowie Entscheidungsprozesse, die gerecht und inklusiv sind.

Die hier entfaltete Zielperspektive gründet in der Tradition der christlichen Soziallehre, ist weltanschaulich aber offen und anschlussfähig an verschiedene ethische Begründungen, kulturelle Traditionen und Konzepte gelingenden Lebens – wir suchen die Gemeinsamkeiten und stellen das Einende ins Zentrum. Damit nehmen wir ernst, dass es höchst unterschiedliche Präferenzen, Wertorientierungen und Konzeptionen eines guten Lebens geben kann (z. B. im Hinblick auf Konsum, Mobilität oder Ernährung). Deshalb sollte man es unterlassen, paternalistisch-bevormundend bestimmte Lebensweisen vorzuschreiben oder einzelne kulturell geprägte Zielvorstellungen zu bevorzugen. Verbote sind nicht das erste Mittel der Wahl. Da insgesamt aber die Lebensgrundlagen aller jetzigen und zukünftigen Menschen auf dem Spiel stehen und bestimmte Lebensformen oder Konsumweisen aufgrund ihrer sozialen und ökologischen Folgen nicht verallgemeinerbar sind, sind Partikularinteressen, so nachvollziehbar sie auch sein mögen, im Konfliktfall dem Gemeinwohl unterzuordnen.

II. Zentrale Handlungsfelder verdeutlichen wiederkehrende Barrieren und Hindernisse

Anhand konkreter Beispiele aus verschiedenen Handlungsfeldern identifiziert die Studie grundlegende Hindernisse und Barrieren, welche den notwendigen Wandel erschweren.

Handlungsfeld Energiewende: Aufgrund ihrer hohen ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Bedeutung ist die Energiebranche für die notwendige Transformation zentral. Dies wird v. a. an der Kohleverbrennung deutlich, denn mit mehr als einem Drittel der weltweiten Emissionen ist sie die wichtigste Ursache klimaschädlicher Treibhausgase. Dies verweist darauf, wie wichtig ein weltweiter Ausstieg aus der Kohleverbrennung ist. Denn dann käme die Staatengemeinschaft dem in Paris 2015 vereinbarten Ziel, die globale Erderwärmung unter 2 °C zu halten, deutlich näher. Doch obwohl ein zügiger weltweiter Kohleausstieg klimapolitisch notwendig, wirtschaftlich sinnvoll und technisch vergleichsweise einfach möglich wäre, halten viele Länder an dieser Energiequelle fest oder bauen diesen Energiepfad noch weiter aus, wie China im Rahmen seiner Corona-bedingten Konjunkturprogramme. Dies gilt leider auch für ärmere Länder in Afrika, wo hohe Finanzierungskosten den Ausbau erneuerbarer Energien gerade dort erschweren, wo dieser besonders notwendig und effektiv wäre. So werden durch unzureichende internationale Zusammenarbeit und mangelnde Finanz- und Technologiehilfen in vielen ärmeren Ländern langfristige Pfadabhängigkeiten geschaffen und die hohen Folgekosten von Kohleförderung und -verbrennung weiter auf unbeteiligte Dritte abgewälzt.

Handlungsfeld Konsum- und Mobilitätswende: Auch bei der viel diskutierten Mobilitätswende sind falsche Anreizstrukturen, die zur Verlagerung der ökologischen und sozialen Folgekosten führen, ein zentrales Hindernis für einen nachhaltigen Wandel. Solange gerade im Verkehrsbereich die wahren Kosten der Treibhausgasemissionen, aber auch der Arbeits- und Handelsbedingungen für Rohstoffe (z. B. Lithium und Graphit-Gewinnung für Elektrobatterien) nicht von den Verursachern getragen werden, fördert dies weiter einen verschwenderischen Umgang mit knappen Ressourcen, umweltschädigende Produktionsweisen sowie unfaire Arbeits- und Handelsbedingungen. Deshalb muss eine echte Mobilitätswende deutlich über alternative Antriebstechnologien hinausgehen. Sie kann nur dann gelingen, wenn sie auch mit einer Konsum- und Mentalitätswende einhergeht, die das überkommene Leitbild des „Immer mehr und schneller“ verändert. Effizientere Technologien müssen mit einer Kultur des rechten Maßes (Suffizienz) verbunden werden, um wirksame Anreize für eine größere Vielfalt an Mobilitätsdienstleistungen, längere Produktlebenszeiten und eine umfassende Wiederverwertung der eingesetzten Ressourcen zu geben.

Handlungsfeld Agrarwende: Im Agrarbereich verweist beispielsweise ein zu hoher Fleischkonsum, häufig gekoppelt mit niedriger Qualität und erheblicher Lebensmittelverschwendung, auf die unheilvolle Verbindung von problematischen Anreizstrukturen (z. B. hinsichtlich der Agrarförderpolitik), nicht nachhaltigen individuellen Verhaltensroutinen und ungesunden Ernährungsgewohnheiten. Viel zu häufig wird hier der

Wettbewerb zulasten der Schwächsten, besonders der Natur, des Tierwohls, der menschlichen Gesundheit oder von prekär Beschäftigten ausgetragen – was während der Corona-Pandemie am Beispiel der höchst problematischen Arbeitsbedingungen in der großindustriellen Fleischverarbeitung stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt ist. Die vorherrschenden Strukturen und Routinen sind nicht leicht zu verändern – gerade dann, wenn sie durch sozio-kulturelle Normen und mangelnde nationale wie internationale Kooperation und Solidarität gestützt werden, wie das erneute Scheitern der dringend notwendigen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU vor wenigen Wochen wieder einmal gezeigt hat.

Anhand der Handlungsfelder identifiziert die Studie also vier grundsätzliche Probleme bzw. Barrieren des Wandels:

- schwache Institutionen und unzureichende Ordnungspolitik (bzw. eine Verbindung von Markt- und Staatsversagen), die eine Verlagerung der wahren Kosten auf unbeteiligte Dritte (v. a. die weltweit Verwundbarsten und zukünftige Generationen) zulässt,
- ungelöste Verteilungskonflikte und ungleiche Machtverhältnisse, die den Wandel erschweren, um den Status quo zu erhalten,
- mangelnder Mut zur politischen Gestaltung und Kommunikation,
- falsche Leitbilder und Vernachlässigung der kulturellen Dimension.

III. Vier gemeinsam zu betätigenden Stellschrauben gelingender Transformation

Auf dieser Basis identifiziert die Studie dann im dritten Schritt vier zentrale Stellschrauben, die in ihren wechselseitigen Bezügen gemeinsam zu adressieren und im Hinblick auf das Ziel, dass alle gut leben können sollen, zu verändern sind.

1. Stellschraube: Ordnungsrahmen schaffen, der Innovationen und das Gemeinwohl befördert.

Die hier skizzierte sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ist ein wertebasiertes Modernisierungskonzept, das einen Ordnungsrahmen braucht, der technologische und soziale Innovationen im Dienst des Gemeinwohls befördert und beschleunigt. Das verlangt nichts anderes, als die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft in enger internationaler Abstimmung weiterzuentwickeln und in der Tradition der Väter der sozialen Marktwirtschaft mit einer wertebasierten Zielperspektive zu verbinden (z. B. „Vitalpolitik“ nach Alexander Rüstow). Erforderlich dafür sind Politikinstrumente und Rahmenbedingungen, die Markt und Wettbewerb in Richtung gemeinwohlförderlicher Innovationen lenken, angemessene Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft schaffen und mehr internationale Kooperation und Solidarität fördern. Gleichzeitig sind mutige Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu tätigen, um z. B. Infrastruktur für alternative Formen der Mobilität oder verändertes Ernährungsverhalten zu fördern.

Zukunftsfähige Technologien und Anreizstrukturen zu etablieren, bedarf meist längerer Anlaufzeit und guter Koordination, bis sie auf nationaler sowie internationaler Ebene effektiv zusammenwirken. Dies wird am Beispiel der Bepreisung von klimaschädlichen Emissionen deutlich: Nach der Einführung des EU-Emissionszertifikationshandels ist es für die Weiterentwicklung nun wichtig, Mengen und, wo möglich, auch Preise zügig anhand wissenschaftlicher Daten und unabhängig vom politischen Tagesgeschäft festzusetzen und bisher nicht erfasste Emissionen (Verkehr, Gebäude, Konsum) ebenfalls der CO₂-Bepreisung zu unterziehen. Die Sachverständigen empfehlen hier multilaterale Vereinbarungen über weltweite CO₂-Mindestpreise und fordern weit höhere Technologie- und Finanzierungshilfen von Regierungen, Unternehmen und Finanzinstitutionen wohlhabender Länder, um nachhaltige Technologien auch in ärmeren Ländern flächendeckend zu etablieren.

2. Stellschraube: Zumutungen und neue Handlungschancen fair verteilen

Wer die Transformation gestalten will, muss auch die damit verbundenen Machtfragen klar benennen, um Barrieren und Gegenkräfte erfolgreich identifizieren und überwinden zu können. Um dabei von den unvermeidlichen Verteilungskonflikten nicht gelähmt zu werden, ist es hilfreich, die betroffenen Interessensgruppen in angemessener Weise in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen und ihnen zu vermitteln, dass die Einschränkungen unter den richtigen Voraussetzungen und einem angemessenen sozialen Ausgleich nicht nur verkraftbar sind, sondern neue, fair zu verteilende Perspektiven eröffnen. Ehrliche Transformationspolitik ist also immer auch eine Politik der fairen Verteilung von Zumutungen und neuen Handlungschancen.

Eine zunehmend wichtige Rolle spielen dabei die sogenannten „stranded assets“. Wer z. B. seinen Wohlstand dem Besitz fossiler Ressourcen oder der Nutzung nicht mehr zeitgemäßer Technologien verdankt, kann Einschränkungen in seinem bisherigen Geschäftsmodell nicht einfach als „kalte Enteignung“ ablehnen, sondern steht in besonderer Verantwortung, sich konstruktiv an gemeinwohlförderlichen Innovationen und Reformen zu beteiligen. Die Politik ist dazu aufgerufen, die dafür dringend notwendige Planungssicherheit zu schaffen.

3. Stellschraube: Gesellschaftliche Unterstützung durch Transparenz und Teilhabe fördern

Der politische Populismus profitiert von materiellen und ideellen Verlustängsten. Er verstärkt sie deshalb gezielt, indem er die Verantwortung für komplexe Probleme und damit auch die Eigenverantwortung des Einzelnen an globale Feindbilder abschiebt. Damit bietet der politische Populismus verlockend einfache, gern nationalistisch geprägte Antworten an.

Die Antwort auf diesen Vertrauensverlust sieht die Studie in mehreren Schritten: zunächst diese Erschütterung anzuerkennen, sodann Informations-, Mitsprache- und Teilhabemöglichkeiten zu verbessern, aber auch populistische Instrumentalisierungen, die diesen Vertrauensverlust zum eigenen Vorteil verstärken und kein Interesse an konstruktiven Lösungen haben, zu entlarven. Deshalb müssen die widersprüchlichen Haltungen des Rechtspopulismus in Bezug auf den Klimawandel offengelegt und konkrete Transformationsvorhaben möglichst partizipativ

gestaltet werden. Mehr „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, eine vorausschauend verständliche Kommunikation und neue Wohlfahrtsindikatoren sollten diese Bemühungen um mehr Transparenz und Teilhabe begleiten.

4. Stellschraube: Transformation als kulturelle Aufgabe ernst nehmen

Populisten erwecken zwar gerne den Eindruck, kulturelle oder religiöse Traditionen zu bewahren, faktisch verraten sie aber häufig die Werte, die diesen Traditionen zugrunde liegen. Wer die sozial-ökologische Transformation voranbringen will, muss das „kulturelle Bedeutungsgewebe“ wertschätzen, das sich häufig nur langsam verändert und somit träge, aber auch tragfähig ist. Häufig verändern sich Lebens- und Konsumstile zunächst in „Nischen“; es gilt, sie sensibel wahrzunehmen und ihre weitere Verbreitung zu fördern – durch Bewusstseinsbildung, entsprechende Dialogformate oder Förderung geeigneter Infrastruktur.

IV. Zum spezifischen Beitrag der Kirche

Die Studie thematisiert abschließend auch den wichtigen Beitrag von Religionsgemeinschaften und der Kirche zu einem gesamtgesellschaftlichen Kulturwandel – einen Beitrag, den Kirchen und Religionsgemeinschaften freilich nur dann leisten können, wenn sie sich, wie in der Studie beschrieben, zunächst um glaubwürdiges Verhalten und notwendige Reformen im eigenen Verantwortungsbereich bemühen, was angesichts der gegenwärtigen Krise der katholischen Kirche umso bedeutender ist.

Die katholische Kirche hat als weltweite Gemeinschaft und globaler Akteur, der zugleich in sehr unterschiedlichen Kulturen verankert ist, vielfältiges Potenzial, Anwältin für grenzüberschreitende globale Gerechtigkeit, universelle Menschenrechte und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu sein. Erzbischof Schick wird dies sicher noch näher ausführen.

Das Wissen um die genannten Stellschrauben gelingenden Wandels muss aber innerhalb des gesamten kirchlichen Einfluss- und Verantwortungsbereichs verstärkt zur Anwendung kommen. Wenn dies gelingt, kann die katholische Kirche als Weltkirche nicht nur ihr materielles und strukturelles Vermögen, sondern auch ihr spezifisches Potenzial als Glaubensgemeinschaft in den gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozess einbringen: ihr Eintreten für die Verwundbaren und Marginalisierten, Traditionen des rechten Maßes und universaler Gerechtigkeit, ein holistisches Verständnis von Lebensqualität sowie eine Spiritualität, die durch Durststrecken trägt, Gemeinsamkeiten sucht und Hoffnung vermittelt.

Lassen Sie mich wenigstens kurz einen Aspekt nennen, der den Sachverständigen diesbezüglich besonders wichtig erscheint: die Chance und die Verantwortung der katholischen Kirche, Orientierung für eine verantwortliche Bevölkerungspolitik zu geben, welche im Hinblick auf die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele immer bedeutsamer wird. Die Studie formuliert mit dem Schutz des Lebens, der Ablehnung staatlicher Zwangsmaßnahmen, aber

auch der reproduktiven Selbstbestimmung von Familien, die den Zugang zu verlässlichen Verhütungsmitteln umfasst, dafür zentrale Maßstäbe.

Mit der Studie legt die Sachverständigengruppe eine Orientierung dafür vor, wie zentrale Blockaden für unabdingbare Veränderungen gelöst und welche Stellschrauben betätigt werden müssen, damit die sozial-ökologische Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft gelingen kann. Wir verstehen diesen Impuls als Beitrag der katholischen Kirche zur gesellschaftlichen Debatte, die wir mit dieser Studie bereichern wollen. Dazu wurde die bei der Deutschen Kommission Justitia et Pax angesiedelte Resonanzgruppe unter Leitung von Pirmin Spiegel, Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerks Misereor, eingerichtet, der Vertreterinnen und Vertreter kirchlicher Verbände und Organisationen, aber auch wichtiger gesellschaftlicher Akteure angehören. Den Beginn dieser Debatte markiert ein Workshop gleich im Anschluss an diese Pressekonferenz, in dem wir die Studie im Haus der Wirtschaft in Berlin mit hochkarätigen Stakeholdern aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft (u. a. mit Luisa Neubauer, Bundesministerin a. D. Barbara Hendricks, Dr. Joachim Lang, Hauptgeschäftsführer des BDI) diskutieren werden; viele weitere solche Gesprächsformate sind bereits geplant und können hoffentlich dazu beitragen, den dringend notwendigen Wandel zügig zu befördern.